

Im Stöckacker Süd hat die Stadt Bern nach langer Zeit wieder einmal selber gebaut.

# REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
184 · Ausgabe Region Bern · Sept. 2019



## Wohnen für alle in der Stadt Bern

**SICHEREN, BEZAHLBAREN, SOZIAL DURCHMISCHTEN UND ÖKOLOGISCH NACHHALTIGEN WOHNRAUM FÜR ALLE: DIESE VISION VERFOLGT DAS NEUE POSITIONSPAPIER DER SP STADT BERN. ES ZEIGT AUF, WELCHE ZIELE VERFOLGT UND WELCHE MASSNAHMEN ZU DIESEM ZWECK UMGESETZT WERDEN MÜSSEN.**

Die Stadt Bern ist ein beliebter Lebensort. Deshalb ist der Wohnraum knapp, die Marktmieten sind in den letzten Jahren stark gestiegen und Menschen mit tiefen Einkommen oder besonderen Wohnbedürfnissen werden zunehmend aus der Stadt verdrängt. Aus diesem Grund ist die Wohnpolitik einer der aktuellen Schwerpunkte der SP Stadt Bern.

### **Sieben Ziele für eine städtische Wohnpolitik**

Um Wohnraum für alle anbieten zu können, muss zum einen genügend Wohnraum vorhanden sein, zum andern muss er aber auch für jene zugänglich sein, die ihn benötigen. Um die Inhalte ihrer Wohnpolitik auf den Punkt zu bringen, hat die SP Stadt Bern ein neues Positionspapier verfasst. Darin wird die Ausgangslage auf dem Wohnungsmarkt analysiert und darauf aufbauend ein Ziel- und Massnahmenkatalog formuliert:

1. Günstigen Wohnraum schaffen und erhalten
2. Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte ermöglichen
3. Mehr Wohnraum für Familien
4. Kurzzeitig genutzter Wohnraum darf langfristig genutzten Wohnraum nicht verdrängen

5. Soziale Durchmischung in den Quartieren
6. Ein gutes Wohnumfeld für die Bewohnerinnen und Bewohner ermöglichen
7. Innovative Wohnformen.

### **Bezahlbare Wohnungen für einkommensschwache Haushalte und Familien**

Von besonderer Bedeutung sind die ersten drei Ziele. Gäbe es genügend günstigen Wohnraum, würden sich viele andere Probleme von selbst lösen. Deshalb müssen die Schaffung und der Erhalt von günstigem Wohnraum im Zentrum stehen. Das heisst: Die Stadt muss ihr eigenes Land prioritär zur Überwindung der Wohnungsnot einsetzen, selber als Bauherrin agieren, die Burgergemeinde in die Pflicht nehmen und den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern.

Aber auch wenn die Stadt Bern in Zukunft mehr günstigen Wohnraum schafft, wird dieser ein knappes Gut bleiben. Und solange dies der Fall ist, sind Einkommensschwache gegenüber anderen Bewerberinnen und Bewerbern benachteiligt. Deshalb das Ziel Nummer 2: Es muss mehr günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien (GüWR-Wohnungen) geschaffen beziehungsweise in neuen Überbauungen explizit Wohnraum für materiell Benachteiligte reserviert werden. Ausserdem

soll Bern sich ein Beispiel an anderen Städten nehmen und eine Fachstelle einrichten, die Wohnraum vermittelt und auch finanzielle Garantien übernehmen kann.

Frappant: Aktuell ziehen pro Jahr 200 bis 300 Familien mehr aus Bern weg, als von aussen zuziehen, weil der Wohnraum für Familien knapp und sehr teuer ist. Mehr Wohnraum für Familien ist deshalb ein weiteres zentrales Ziel.

Vor allem aber hat die Arbeit am Papier auch gezeigt, dass alle Ziele und Massnahmen zusammenhängen und die Wohnpolitik eng mit vielen weiteren Politikfeldern verknüpft ist. Entsprechend spannend wird es sein, das Positionspapier in konkrete Forderungen umzuwandeln und für diese zu kämpfen.

*Franziska Ehrler, AG Sozialpolitik*

Link zum Positionspapier:  
[www.spbern.ch/index.php?id=1294&L=228](http://www.spbern.ch/index.php?id=1294&L=228)

**Die Schaffung von günstigem Wohnraum muss im Zentrum der städtischen Wohnbaupolitik stehen.**



# «Kinder und Jugendliche stärker fördern»

**PIA NEUHAUS GEHÖRTE DER SOZIALHILFEKOMMISSION, DIE BERNS SOZIALHILFE BERÄT, SEIT DEREN GRÜNDUNG AN, FÜNF JAHRE DAVON ALS PRÄSIDENTIN. SIE ZIEHT EINE DURCHZOGENE BILANZ – UND LEITET DARAUS KONKRETE WÜNSCHE AB.**

**Pia, wie fällt dein Rückblick auf acht Jahre Arbeit in der Sozialhilfekommission aus?**

Die Sozialhilfekommission wurde geschaffen, obwohl intern bereits viele Kontrollmechanismen zur Beaufsichtigung existierten. Meine Frage war immer wieder, ob wir als Kommission etwas bewirken können. Mit der jährlichen Dossierkontrolle erhalten wir zwar Einsicht in Dossiers und können nach dem festgelegten Schwerpunktthema Grundsatzfragen mit den betroffenen Stellen diskutieren. Die Verantwortlichen



Die Sozialhilfekommission beaufsichtigt und unterstützt seit 2011 die Sozialhilfe der Stadt Bern. Ihr gehören politische VertreterInnen, verwaltungsexterne Expertinnen und Experten sowie die Direktorin für Bildung, Soziales und Sport an. Der SP stehen vier Sitze in der Kommission zu. Derzeit vertreten Martin Wild-Näf, Agnes Nienhaus und Astrid Pfister die SP in der Kommission. Für den vierten Sitz hat die SP Stadt Bern Simone Gremminger nominiert; ihre Wahl durch den Stadtrat erfolgt nach den Herbstferien. Im August wurde Agnes Nienhaus zur neuen Präsidentin der Kommission gewählt.

zeigten dabei immer eine grosse Bereitschaft, auf unsere kritischen Fragen einzugehen. Manchmal bewirkten unsere Überlegungen Änderungen im Umgang mit den Betroffenen. Strategien festlegen konnten wir aber kaum, denn diese haben immer finanzielle Konsequenzen. Die Kommission hat keine finanziellen Kompetenzen.

**Was waren deine prägendsten Eindrücke?**

Bei jeder Dossierkontrolle hat mich das Engagement der Mitarbeitenden des Sozialamtes sowie des städtischen Erwachsenen- und Kinderschuttsamts sehr beeindruckt. Sie arbeiten in einem schwierigen Umfeld und müssen in der knapp bemessenen Zeit Menschen mit vielfältigen Problemen beraten und begleiten.

**Zwar hat das Volk klar Nein zur Senkung der Sozialhilfe gesagt, doch das letzte Auffangnetz bleibt im Kanton Bern stark unter Druck. Was erwartest Du?**

Ich befürchte, dass der Druck auf die Sozialhilfe noch steigen wird. Kaum jemand spricht davon, dass die Zunahme der Fälle in der Sozialhilfe auch etwas mit der IV zu tun hat. Viele Menschen, die ärztlich attestiert zu 100 Prozent arbeitsunfähig sind, erhalten keine Rente. Was die IV mit der Ablehnung von Gesuchen spart, erscheint in keinem Bericht. Die Arbeitswelt hat keinen Platz für Menschen, die keine gute Berufsausbildung haben und nicht voll leistungsfähig sind. Wir werden bestimmt noch einmal auf das bedingungslose Grundeinkommen zurückkommen.

**Wenn du drei Wünsche offen hättest für die Berner Sozialhilfe, welche wären es?**

Erstens: Initiierung von Projekten, die den Menschen eine sinnvolle Tätigkeit ermöglichen. Der einseitige Fokus auf die Integration in den Arbeitsmarkt ist meiner Ansicht nach illusorisch und wirkungslos. Zweitens müssen Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe nach ihren Fähigkeiten gefördert werden. Es ist sehr entscheidend, wie sie während Schule und Ausbildung begleitet werden. Da braucht es mehr zeitliche Ressourcen der Sozialarbeitenden.

**Und drittens ...**

Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sollen möglichst selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Wer aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht selber für den Lebensunterhalt aufkommen kann, soll nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden, die dann doch keine Ablösung ermöglichen. Projekte, die gezielt freiwilliges Engagement fördern, würden mehr ein Gefühl des Dazugehörens bewirken.

Interview: Marieke Kruit, Fraktionspräsidentin Stadtrat Bern

**«Ich befürchte, dass der Druck auf die Sozialhilfe noch steigen wird.»**



NATIONALRATSWAHLEN VOM 20. OKTOBER

# Engagiert für Mensch und Umwelt

IM KURZPORTRÄT BERICHTEN DIE DREI BISHERIGEN NATIONALRÄTINNEN AUS DER REGION BERN-MITTELLAND, WAS SIE IM PARLAMENT ERREICHT HABEN UND WOFÜR SIE SICH IN DER NÄCHSTEN LEGISLATUR EINSETZEN WOLLEN.



## FLAVIA WASSERFALLEN

03.02.6 | 1979 | Bern | Nationalrätin,  
Politologin, Verwaltungsrätin ewb

Die SP ist die Partei, die sich mit Vehemenz für gleiche Rechte einsetzt, nicht nur für alle Geschlechter, sondern für alle – egal welcher Herkunft, egal welcher sexuellen Orientierung oder Lebensform. Und wir wissen, dass wir die Chancengleichheit ab Geburt fördern müssen.

Auf die Bereiche der Gleichstellung, der frühen Kindheit sowie der Bekämpfung von häuslicher Gewalt und sexueller Belästigung habe ich in meiner Zeit im Nationalrat meinen Fokus gelegt. Und das war harzig mit diesen Mehrheiten, die lieber Milliarden für neue Autobahnprojekte, Beschaffung von Hochleistungskampffjets oder Steuererleichterung für reiche Familien sowie Waffenexporte in Bürgerkriegsländer beschliessen. Damit jedes Kind ab Geburt gleiche Chancen hat, damit Lohngleichheit und eine bessere Vertretung von Frauen in allen Bereichen realisiert werden und damit der Opferschutz eine stärkere Lobby erhält, brauchen wir am 20. Oktober unbedingt einen #linksrutsch. Für diese Ziele setze ich mich ein. Wir wollen eine Politik, welche die Menschen und den Schutz unserer Umwelt ins Zentrum stellt. Ich danke allen, die mithelfen, dass wir das schaffen!

[www.flaviawasserfallen.ch](http://www.flaviawasserfallen.ch)

## MATTHIAS AEBISCHER

04.01.4 | 1967 | Bern | Nationalrat

Meine zweite Legislatur war schwieriger als die erste. Konnte ich von 2011 bis 2015 zusammen mit den Mitteparteien grosse Schritte in der Verkehrs-, Medien-, Bildungs- und Kulturpolitik erarbeiten, so gelangen uns von 2015 bis 2019 mit der bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat nur noch sehr kleine Schritte. Bei der Armee und dem Strassenausbau etwa mussten wir zusehen, wie der Rat die Budgets planlos aufstockte. Zum Teil erhielten Projekte eine Mehrheit, für welche es noch nicht einmal einen Plan gibt. So darf es nicht weitergehen. Deshalb hoffe ich, dass die Schweizer Stimmbevölkerung am 20. Oktober 2019 ein Zeichen setzt. Die Aufgaben, die anstehen, sind wegweisend für die Zukunft der Schweiz. Wir müssen die Altersvorsorge revidieren – und zwar so, dass nicht die Leute mit kleinen Einkommen die Zeche bezahlen. Wir müssen unsere Beziehung zu Europa klären – und zwar so, dass die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Schweiz nicht unter die Räder kommen. Wir müssen endlich auf eine nachhaltige Verkehrsplanung setzen – und zwar so, dass der Anteil ÖV und Velo beim Verkehrsmix gesteigert wird. Dafür werde ich kämpfen in der nächsten Legislatur, hoffentlich mit neuen Mehrheiten.

[www.matthiasaebischer.ch](http://www.matthiasaebischer.ch)

## NADINE MASSHARDT

03.01.8 | 1984 | Bern | Nationalrätin,  
Vize-Fraktionspräsidentin, Historikerin

In den letzten vier Jahren habe ich mich im Nationalrat dafür eingesetzt, für die wichtigen Probleme Lösungen zu finden. So habe ich als Delegationsleiterin in der Staatspolitischen Kommission wesentlich dazu beigetragen, die Masseneinwanderungsinitiative der SVP so umzusetzen, dass sie mit den bilateralen Verträgen kompatibel ist. Zudem fand meine parlamentarische Initiative für politische Bildung in der Berufsschule eine Mehrheit in der Bildungskommission des Nationalrats, und mein Postulat gegen Foodwaste wurde vom Bundesrat zur Annahme empfohlen.

Aber sonst war es eine verlorene Legislatur: Die knappe Mehrheit von FDP und SVP verhinderte meistens sämtliche Fortschritte. Ich habe beispielsweise zahlreiche Vorstösse für mehr Transparenz, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für eine wirkungsvolle Klimapolitik eingereicht – doch alle Vorstösse wurden abgelehnt. Deshalb machen wir nun Druck mit Volksinitiativen – zum Beispiel für mehr Transparenz bei der Politfinanzierung oder für eine echte Elternzeit. Und deshalb brauchen wir am 20. Oktober einen Linksrutsch – damit wir nicht nochmals eine verlorene Legislatur erleben!

[www.nadinemasshardt.ch](http://www.nadinemasshardt.ch)



MOBILITÄTSSTRATEGIE 2040 DER REGIONALKONFERENZ BERN-MITTELLAND

# Vermeiden und Verlagern des Verkehrs müssen im Zentrum stehen

**DIE MOBILITÄTSSTRATEGIE 2040 NIMMT EINE UMFASSENDE AUSLEGEOEDNUNG DER MÖGLICHEN ENTWICKLUNGEN IM MOBILITÄTSBEREICH VOR. GRUNDSÄTZLICH ÜBERZEUGT DIE STOSSRICHTUNG, DIE ZIELSETZUNGEN INDES BLEIBEN VAGE.**

Die langfristige Vision, die der Mobilitätsstrategie 2040 zugrunde liegt, ist eine «effiziente und vernetzte Mobilität für alle». In der Neuauflage wurde die 3-V-Strategie der Mobilitätsstrategie von 2003 – *Vermeiden, Verlagern, Verträglich gestalten* – um ein viertes V ergänzt: *Digitales Vernetzen* der Mobilitätsangebote soll das Gesamtverkehrssystem effizienter gestalten und die kombinierte Mobilität fördern und vereinfachen. Während die Strategie zahlreiche Ziele wie Wirtschaftlichkeit, gute Erreichbarkeit, Komfort und Umweltverträglichkeit benennt, fehlen griffige Instrumente zur Erreichung der formulierten Ziele weitgehend.

## Verlagern und Vermeiden

Um die Mobilität möglichst umwelt- und menschenverträglich zu gestalten, braucht es eine Hierarchisierung der vier Stossrichtungen. Obwohl das Verlagern des motorisierten Verkehrs (MIV) auf ÖV, Fuss- und Veloverkehr zwar grundsätzlich angestrebt werden soll, geht die Strategie auch beim MIV von einer weiteren Zunahme aus. Beim Infrastrukturausbau wiederum fehlt eine klare Priorisierung der flächensparenden Verkehrsmittel (ÖV und Velo), welche die Voraussetzung für eine erfolgreiche Verlagerung darstellt.

Auch zum angestrebten Vermeiden von zusätzlichem Verkehr werden keine griffigen

Massnahmen aufgezeigt. Eine bessere Abstimmung von Siedlung und Verkehr ist zwar sinnvoll und notwendig, ohne ergänzende Massnahmen mit Lenkungswirkung dürfte sie das Verkehrswachstum aber kaum wirksam bremsen.

## Risiken benennen

Wie die Mobilität in 20 Jahren aussieht, lässt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. In der Mobilitätsstrategie werden zwar die Chancen von neuen Technologien aufgezeigt, die Risiken bleiben aber mehrheitlich unerwähnt. So wird autonomes Fahren als Mobilitätsform der Zukunft gepriesen, die Nachteile (drohender Mehrverkehr und Leerfahrten) und Unwägbarkeiten (Sicherheit, Haftungsfragen, Zulassung) finden jedoch kaum Erwähnung.

Auch der sogenannte «öffentliche Individualverkehr» (ÖIV), also etwa Minibusse auf Abruf, und «personal mobility devices» (PMDs) wie E-Trottinette werden unkritisch gelobt. Insbesondere im städtischen Raum konkurrieren sie aber vor allem den Fussverkehr, erhöhen den Druck auf den öffentlichen Raum und verschärfen bestehende Nutzungskonflikte.

Beim digitalen Vernetzen schliesslich ist dem Datenschutz mehr Beachtung zu schenken. Mobilität muss auch künftig möglich sein, ohne persönliche Daten preiszugeben.

## Konsequent umsetzen

Entscheidend für den Erfolg der Strategie und das Erreichen der skizzierten Ziele ist deren konkrete Umsetzung. Im Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept, bei kommunalen Konzepten und bei konkreten Infrastrukturprojekten braucht es deshalb wirksame Massnahmen und Instrumente, um die Mobilitätsbedürfnisse in Einklang mit dem Schutz von Mensch und Umwelt zu bringen.

Michael Sutter, Stadtrat Bern

## DIE MOBILITÄTSSTRATEGIE

Die Mobilitätsstrategie 2040 der Regional-konferenz Bern-Mittelland legt die langfristigen Stossrichtungen der Mobilitäts-politik in der Region Bern fest. Sie bildet die Grundlage für die Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte sowie die Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung und dient als Richtlinie für die Behörden aller Stufen im Bereich Mobilität. Die Mobilitätsstrategie 2040, welche diejenige aus dem Jahr 2003 ablösen wird, war zwischen Juli und September 2019 in der Mitwirkung. Die SP Stadt Bern hat dazu Stellung genommen und punktuelle Änderungen und Präzisierungen gefordert. Die Stellungnahme ist unter folgendem Link abrufbar:

[www.spbern.ch/index.php?id=1295](http://www.spbern.ch/index.php?id=1295)